

VEREINSAUFLÖSUNG

Steuerliche Grauzone: Das Aus der Seniorengemeinschaft ist besiegelt

VON UNSERER MITARBEITERIN
VERONIKA SCHADECK

Kronach Die Seniorengemeinschaft Kronach Stadt und Land e.V. ist Geschichte. Bei einer Versammlung im Schützenhaus wurde die Gemeinschaft mit fünf Gegenstimmen aufgelöst. Das Vermögen des Vereins geht nach der Abwicklung der Auflösung und dem Sperrjahr laut Satzung an die Lebenshilfe Kronach. Der Grund sind steuer- und sozialversicherungsrechtliche Prüfungen sowie eventuell drohende hohe finanzielle Nachforderungen wie Umsatzsteuer und Sozialversicherungsbeiträge.

Mit der Auflösung des Vereins geht eine Erfolgsgeschichte zu Ende. Unter der Federführung der Vorsitzenden Bianca Fischer-Kilian wurde vor 15 Jahren die Seniorengemeinschaft gegründet. Das Ziel war, sich gegenseitig zu unterstützen und damit betagten Senioren den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu sichern. Seither traten 1606 Menschen dem Verein bei, 78.802 Stunden Hilfeleistungen wurden erbracht.

Weit über die Landkreisgrenzen hinaus wurde die Senioren-

gemeinschaft Kronach bekannt. Die Vorsitzende war unterwegs, um ihr Konzept vorzustellen, mehrere Preise und Auszeichnungen wurden der Seniorengemeinschaft verliehen.

Bei der Versammlung kochten die Emotionen hoch. Manche der anwesenden 83 Mitglieder hätten den Streit mit dem Finanzamt lieber ausgefochten. „Es geht leider nicht anders“, so Bianca Fischer-Kilian. Ihr und dem gesamten Vorstand war die Resignation und Enttäuschung auch über die heimische Politik anzumerken.

Von der Politik im Stich gelassen

Stadtrat Heinz Hausmann war anderer Meinung. „Ich werde einer Auflösung des Vereins nicht zustimmen“. Er sei geschockt gewesen, als er von den Plänen gelesen habe. Wenn ein sozialer Verein wie die Seniorengemeinschaft von der Politik in Stich gelassen werde, könne er nur sagen „Armes Deutschland“.

Natürlich sei bekannt gewesen, dass sich die Seniorengemeinschaft in einem juristischen Graubereich bewege, so Jutta Wirth. „Aber dann ist es eben nötig, diesen Bereich aufzutei-

len in schwarz und weiß.“ Durch eine Vereinsauflösung erreiche man dies nicht. „Wir müssen es darauf ankommen lassen und diesen Weg konsequent gehen.“ Unverständnis äußerte sie darüber, dass kein Landrat und kein Vertreter anwesend war. „Vielleicht könnte man etwas Zeit gewinnen“, schlug Wolfgang Simon vor. Als langjähriger Funktionär der Kolpingsfamilie hatte er vor 20 Jahren einen ähnlichen Fall in Südbayern. Hier habe ein Wechsel des zuständigen Finanzamts geholfen. Die Politik sollte in die Pflicht genommen werden, so der Grünen-Stadtrat Peter Witon.

„Mit welcher Ironie und Gleichgültigkeit geht man mit uns um? Politik und Bürokratie handeln gegen ein humanes menschliches Miteinander!“, so Rosi Ross. Bürgermeisterin Angela Hofmann zeigte sich nachdenklich. Der Bedarf für Hilfe ist vorhanden, meinte sie. Sie sprach von einer schweren Entscheidung.

Der Vorstand hatte mit dem Gegenwind anscheinend nicht gerechnet. „Sie beschämen uns, wenn Sie glauben, wir würden uns das leicht machen“, so Bian-

ca Kilian-Fischer. Über all die Jahre habe man alles versucht, denn es gebe einen Bedarf an Hilfsdiensten. Und dieser wird steigen, davon ist Kilian überzeugt.

2923 Stunden Hilfe geleistet

Im Jahr 2025 seien 2923 Stunden von 54 Mitgliedern abgeleistet worden. 736 Mitglieder sind in der Gemeinschaft registriert, die meisten sind zwischen 80 und 90 Jahre alt. Sie sei auch im Sommer bei einer Bürgermeisterdienstbesprechung gewesen. Die Unterstützung seitens der Politik blieb aus. Nun stehe man mit dem Rücken zur Wand.

Sie betonte, dass die Seniorengemeinschaft kein Wohlfahrtsverband sei. Für die Hilfeleistungen, wie Fahrdienste etc., die zwischen den Mitgliedern erbracht würden, fließe Geld, aktuell auf Mindestlohnniveau. Der Verein diene als Vermittlungsplattform, daher gelte man als umsatzsteuerpflichtig. Die Übungsleiterpauschale werde nicht mehr anerkannt.

Jurist Dietmar Lang geht gar davon aus, dass die Dienstleistenden der Gemeinschaft künftig von den Sozialbehörden als sozialversicherungspflichtige

Beschäftigte angesehen würden. „Auch hier stehen Nachforderungen im Raum.“ Es sind Gelder, für die auch die Vorstandsmitglieder haften könnten. Eine Vereinsauflösung sei der einzige Weg, um diese Hypothek loszuwerden. Der Steuerberater habe der Seniorengemeinschaft dringend zu einer Auflösung geraten, denn nur dann könne man darauf hoffen, von den Behörden verschont zu bleiben.“

„Wenn die Auflösung nicht beschlossen wird, sehen wir uns gezwungen, zurückzutreten“, so Kassier Wolfgang Oswald. Dann folge ein gerichtlich eingesetzter Notvorstand, der den Verein ähnlich wie ein Insolvenzverwalter abwickle.

Und was sagt das Landratsamt zu den Vorwürfen? „Es ist sehr bedauerlich, wenn das Engagement der Seniorengemeinschaft nicht mehr weitergeführt werden können“, so Pressesprecher Alexander Löffler. Offenbar bewege sich die Seniorengemeinschaft in einem Raum, der juristisch nicht eindeutig geklärt ist. Schon allein aus diesem Grund sei es nicht möglich, sie rechtssicher in das geplante Kompetenzzentrum Pflege zu integrieren.